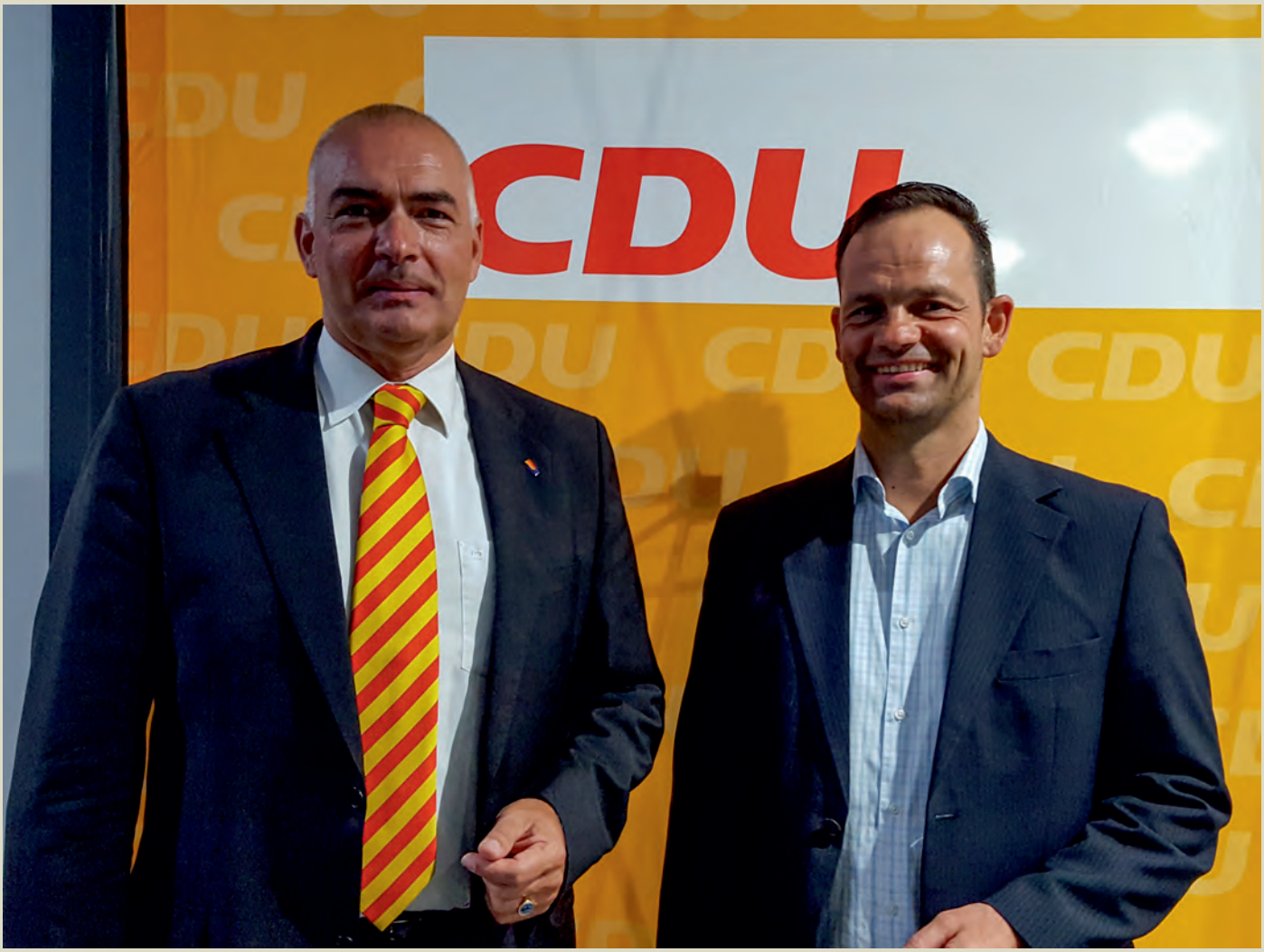
BÜRGER INFORMATION FÜR LINKENHEIM-HOCHSTETTEN

blickpunkt

Ausgabe September 2017

Bundestagswahl 2017



Axel E. Fischer, MdB und Andreas Stampfer, CDU Linkenheim-Hochstetten

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

dass diese Ausgabe des Blickpunktes jetzt im September erscheint ist natürlich kein Zufall. Denn am 24. September findet die nächste Bundestagswahl statt. Es liegt natürlich nahe, dass wir vom CDU-Gemeindeverband Linkenheim-Hochstetten unseren Blick auf diese Wahl werfen und verschiedene Themen ansprechen, von denen wir glauben, dass Sie das interessieren könnte.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen zurückzublicken auf die Zeit, in der die CDU in der Regierungsverantwortung ist.

Beginnen wir mal beim Status quo: Wir haben aktuell so wenige Arbeitslose wie seit 1991 nicht mehr, wir haben steigende Löhne und Renten, die Wirtshaft brummt – kurz gesagt: Unser Land steht gut da und den allermeisten Menschen geht es gut!

Lassen Sie mich kurz die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt beschreiben. Wir haben derzeit über 44 Mio. erwerbstätige Menschen in Deutschland. Darüber hinaus haben wir im Vergleich zu allen anderen EU-Staaten die mit Abstand niedrigste Jugendarbeitslosigkeit.

Gleichzeitig haben wir steigende Löhne und Renten. Sechs Mal gab es seit 2010 Reallohnzuwächse. Insgesamt haben Arbeitnehmer seit 2010 im Schnitt 9,1 Prozent mehr Geld zur freien Verfügung. Die Renten sind im gleichen Zeitraum um 13,9 % (West) bzw. 22,4% (Ost) gestiegen.

Das ist der Verdienst einer guten Wirtschaftspolitik, die einen seit fünf Jahren andauernden und nachhaltigen Aufschwung bewirkt hat. Auch für dieses und das kommende Jahr sehen die Wachstumsprognosen gut aus.

Für mich ist das ein Beleg dafür, dass eine gute Wirtschaftspolitik auch eine gute Sozialpolitik ist, denn sozial ist, was Arbeit schafft!

Die solide Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung hat ebenfalls einen wichtigen Beitrag zum steigenden Wohlstand in unserem Land geleistet. Seit 2014 wurden keine neuen Schulden mehr aufgenommen. Das schafft Raum, um gezielt das Leben der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern: durch spürbare Steuerentlastungen, durch bessere Bildung, Ausbildung und Forschung, durch mehr Sicherheit, schnelles Internet und moderne, leistungsfähige Verkehrswege. Die CDU ist und bleibt die Partei für solide Finanzen!

Seit mehr als 60 Jahren sichert uns die Einheit Europas Freiheit, Sicherheit, Frieden und Wohlstand. Die Bundeskanzlerin ist aktuell der Stabilitätsanker in der EU. Die Mitgliedsstaaten orientieren sich am Handeln der CDU-geführten Bundesregierung. Von ihr kommen die Impulse, um die Krise in Europa zu bewältigen. Auch den Störfeuern, die von außen bspw. aus den USA auf die EU einwirken, bietet Merkel die Stirn. Ich würde sogar so weit gehen, dass sie hier die Chance sieht, eine neue Einigkeit zwischen den Mitgliedsländern der EU herzustellen, damit diese noch stärker und noch stabiler ist als vorher. Sie wird diese Chance auch nutzen, denn Europa stärken heißt Deutschland stärken!

Wenn es was zu kritisieren gibt in der zu Ende gehenden Legislaturperiode, dann ist es die Flüchtlingskrise aus dem Jahr 2015. Wobei ich hier nicht das „Was“ sondern das „Wie“ meine. Denn aus humanitärer Sicht war und bleibt es richtig, Menschen zu helfen die Hilfe brauchten. Als der Flüchtlingsstrom nach Deutschland kam, hat die Regierung allerdings für eine gewisse Zeit die Kontrolle verloren. Sie hat sich aber auch schnell darangemacht, die Probleme anzupacken und wieder das Heft des Handelns in die Hand zunehmen. Durch die Asylpakete 1 und 2 wurden Möglichkeiten geschaffen, Abschiebungen einfacher und schneller durchzuführen, der Familiennachzug wurde restriktiver geregelt, in vielen Fällen wurden die Geld- durch Sachleistungen ersetzt. Es gibt eine zentrale Erfassung der Flüchtlingsdaten. Durch außenpolitische Maßnahmen ging die Zahl der nach Deutschland einreisenden Flüchtlinge deutlich zurück. Eine Situation wie im Jahr 2015 soll und darf sich nicht wiederholen!

Auf Themen wir Sicherheits-, Familien- und Infrastrukturpolitik bin ich jetzt gar nicht eingegangen. Aber auch da hat die CDU einiges vorzuweisen!

Nun wollen wir aber nach vorne schauen. Lesen Sie, was unser Bundestagsabgeordneter Axel E. Fischer und was meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Vorstand der CDU Linkenheim-Hochstetten im Blickpunkt schreiben. Was Sie schreiben zur Bundestagswahl, zur CDU und zu einem Deutschland, in dem wir gut und gerne leben!

Ihr

Andreas Stampfer

„Soziale Marktwirtschaft“ – der Grund für unseren Wohlstand in Deutschland

Die „Soziale Marktwirtschaft“ vereinigt die Freiheit auf dem Markt und damit die Auswirkungen von Angebot und Nachfrage mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs, sprich mit der Fragestellung der Unterstützung all derer, die an Märkten teilnehmen wollen, aber beispielsweise den Einstieg nicht ohne weiteres alleine schaffen. In der Bundesrepublik wurde diese Wirtschaftsordnung durch Ludwig Erhard eingeführt und erhielt durch den Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Alfred Müller-Armack (CDU) ihren heutigen Namen.

Doch was zeichnet sie aus, damit es uns heute so gut geht?

Sicherung des Wettbewerbs – Schaffung funktionsfähiger Märkte

- Gewerbe- und Investitionsfreiheit
- Konsumfreiheit
- Freiheit der Berufs- und Arbeitsplatzwahl
- Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit
- Vertrags- und Wettbewerbsfreiheit
- Koalitionsfreiheit Tarifautonomie
- Privateigentum (an Produktionsmitteln)

Diese Freiheiten erlauben es uns Deutschen, unsere Ideen zu verwirklichen und sowohl privat als auch beruflich danach zu streben, was jeder persönlich will. Das Privateigentum ist Voraussetzung dafür, dass die genannten Freiheitsrechte tatsächlich genutzt werden. Volkseigene Betriebe würden diese Freiheiten beispielsweise nicht fördern. Niemand würde ein Streben nach Kreativität, Entwicklung oder nach Kapital ausleben. Im Übrigen sind diese Freiheiten im Grundgesetz als Grundrechte in Artikel 2 bis 14 ff. gesichert.

Dieser Freiheit stehen die ersten sozialen Absicherungen entgegen, denn freie Märkte sind auf dem sozialen Auge blind und eine „soziale Marktwirtschaft“ muss deshalb durch eine konsequente Wettbewerbsgesetzgebung den sozialen Ausgleich erzeugen, um Monopole, die eine marktbeherrschende Stellung einnehmen würden, zu vermeiden. Hierzu gibt es Kartellverbote, Kontrolle von Fusionen, Verbote für abgestimmte Verhalten und vieles mehr.

Preis-/Geldwertstabilität und stetige, berechenbare Wirtschaftspolitik

Nur eine inflationsfreie Wirtschaft ermöglicht dem Preismechanismus eine Signal- und Lenkungsfunktion. Die Geldmenge im Umlauf, das Kursverhältnis des Euros zu anderen Währungen und das Refinanzierungsniveau sind ausschlaggebende Faktoren. Die Niedrigzinsstrategie der EZB wirken derzeit sehr stark auf Europa ein. Präsident Draghi hält damit hoch verschuldete Staaten am Leben und sorgt in der Bundesrepublik dafür, dass durch eine hohe Geldmenge im Umlauf und niedrige Zinsen die Produktionskraft und die Investitionsfreude deutscher Unternehmen auf dem höchsten Level seit Jahren sind, vor allem die deutsche Exportbilanz macht viele andere Länder (z. B. USA) neidisch. Deutsche haben seit vielen Jahren eine steigende Lohnentwicklung und sind dadurch konsumfreudig. Preisniveaus, wie beispielsweise bei Wohnimmobilien steigen aufgrund der Nachfrage, da viele Deutsche, denen es bisher nicht möglich war, nunmehr in der Lage sind, Eigentum zu erwerben. Gerade der Markt für Wohnimmobilien ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, dass der Wohlstand in den letzten Jahren in Deutschland deutlich gestiegen ist. In anderen Wirtschaftsordnungen werden Wohnunterkünfte zugewiesen oder Ausstattung und Bau sind entsprechend gleich oder ähnlich. In unserem Land gibt es einen freien Wohnungs- und Grundstücksmarkt. Jeder kann also seinem Wunsch entsprechend wohnen. Wir verzeichnen derzeit vielmehr, dass die Nachfrage im Immobilienmarkt größer ist als das Angebot.

Vor diesem Hintergrund sehen wir an diesen wenigen Beispielen, dass christdemokratische geprägte „Soziale Marktwirtschaft“, durch liberalen Freiheitsgedanken in Verbindung mit christlicher Soziallehre, die Wirtschaftsordnung ist, die für Deutschland Wohlstand und Entwicklung gebracht hat und auch weiterhin bringen wird. Ein starker Staat mit gezügeltem Liberalismus und der Pflicht der sozialen Gerechtigkeit. Jeder ist seines Glückes Schmid, wird aber nicht allein gelassen, wenn ihm das Glück keine Starthilfe leistet oder zwischendrin mal auf Abwege gerät.

Frank Kaiser

Cyberangriffe im Wahlkampf - Verfassungsschutz warnt!

WannaCry hat es gezeigt: Die Bedrohung durch Erpressungstrojaner nimmt weiter zu. Das Schadprogramm hat im Mai 2017 in 150 Ländern über 230.000 Computer infiziert. Der jährliche volkswirtschaftliche Schaden weltweit beläuft sich nach Schätzungen von Experten auf über 400 Milliarden US-Dollar.

Aber wie sieht es mit der freien politischen Meinungsbildung bei Wahlen in demokratischen Ländern aus?

Das Bundesamt für Verfassungsschutz registriert einem Bericht zufolge vermehrt systematische Hackerangriffe auf die deutsche Politik und Verwaltung. Die Beständigkeit der Attacken und ihre Ziele zeigen offensichtlich dabei den Versuch, Politik und Bundesverwaltung strategisch auszuspionieren und zu beeinflussen. Der Verfassungsschutz warnt zugleich vor einer möglichen "Beeinflussung der Bundestagswahl" durch gezielte russische Cyberattacken auf deutsche Parteien und Politiker. In der Folge müssten die Opfer der "Ausspähung“ vertraulicher E-Mails oder sonstiger sensibler Daten jederzeit damit rechnen, dass brisante oder kompromittierende Sachverhalte publik gemacht werden". Nicht nur direkte oder indirekte Angriffe sind Realität geworden - Wahlbeeinflussung durch Fake News (Falschmeldungen) ist technisch eine ausgereifte und äußerst „erfolgreiche“ Methode mit brisanten Folgen.

Die technischen Abläufe der kommenden Bundestagswahl selbst seien sicher, hatte der Bundeswahlleiter im Januar versichert. Die Datenverarbeitungssysteme seien auf dem neuesten IT-Sicherheitsstandard. Dies schließt jedoch nicht aus, dass Regierungen versuchen, Einfluss auf den Wahlkampf zu nehmen, wie dies in den USA geschehen ist.

Die Sorge vor Manipulationen der Wahlentscheidung beschäftigte im Dezember 2016 auch Experten auf dem Kongress des Chaos Computer Clubs (CCC) in Hamburg. Dort diskutierte man unter Anderem folgende Fragen:

- Wurde die US-Präsidentschaftswahl gehackt, also von Personen beeinflusst, die Sicherheitsbarrieren umgehen?
- Warum finden Falschmeldungen und Gerüchte im Netz so große Beachtung und Verbreitung?
- Muss 2017 mit verstärkten Attacken aus dem Netz auf politische Akteure gerechnet werden, mit Cyberangriffen aus dem Ausland?

Es ist schön zu wissen, dass die politisch führenden Köpfe sich dazu Gedanken machen. Wie der US-Präsident auf Twitter verkündete, habe er mit Putin über Pläne für eine gemeinsame Sondereinheit zur Bekämpfung von Cyberkriminalität gesprochen: "Putin und ich haben darüber gesprochen, eine undurchdringbare Einheit für Sicherheit im Internet zu bilden." Diese Einheit solle künftig auch etwa vor Wahlmanipulationen schützen.

Da Wahlkämpfe heute verstärkt im Internet geführt würden, verschärfe sich das Problem, sagte der Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen. Die intensive Nutzung sozialer Netzwerke sei ein ideales Einfallstor zur Verbreitung von Fehlinformationen. Maaßen mahnte, die Gefahren im Cyberraum nähmen insgesamt zu. Er plädierte dafür, auch Gegenschläge zu ermöglichen, um Infrastrukturen von Cyberangreifern "plattmachen" zu können. BND-Chef Kahl sagte, einige Staaten investierten massiv in Cyberangriffskapazitäten - etwa Iran, China oder Russland. In den vergangenen Monaten habe es international eine starke Zunahme von Cybersabotage gegeben. Aber auch normale Bürger seien zunehmend von kriminellen Umtrieben im Cyberraum betroffen. Cybersicherheit gehe immer mehr Menschen etwas an, aber immer weniger könnten das Thema durchdringen.

FAZIT: Es bleibt spannend und es muss alles unternommen werden, um die Integrität demokratischer Wahlen sicherzustellen!

Timo Bacher

„Politik für die Menschen“

Der großen Mehrheit der Menschen in Deutschland ging es noch nie so gut wie heute. Unsere Wirtschaft wächst. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf dem tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung. Löhne und Renten sind deutlich gestiegen. Die sozialen Sicherungssysteme sind solide finanziert und wir haben in Deutschland ein hohes Maß an innerer und äußerer Sicherheit. Deshalb können wir frei und selbstbestimmt leben.

Das alles wird von den Menschen im Land hart erarbeitet. Deshalb müssen wir die Mitte unserer Gesellschaft mit den Leistungsträgern und den Zusammenhalt in unserem Land weiter stärken. In unserer Sozialen Marktwirtschaft setzen wir in erster Linie auf die Kraft und die Kreativität des Einzelnen, von Arbeitnehmern und Unternehmern. Wir setzen auf Familien und Kinder, Mittelstand und Handwerk, Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement.

Wir wollen Wohlstand und Sicherheit für alle. Dafür sind auch Solidarität und soziale Gerechtigkeit unverzichtbar. Wir lassen niemanden zurück und wollen möglichst Vielen eine Chance zu Teilhabe und eigenverantwortlicher Lebensgestaltung geben: Deshalb wollen wir bis spätestens 2025 Vollbeschäftigung in ganz Deutschland und werden die Zahl der Arbeitslosen nochmals halbieren.

Verantwortbare Umweltpolitik erfolgt bei uns mit Augenmaß für wirtschaftliche Notwendigkeiten. Wir wollen unsere Arbeitsplätze in Landwirtschaft und Industrie erhalten: Von der Grundstofferzeugung über die Produktion und Veredelung bis hin zu Dienstleistungen.

Um mit qualifizierten Fachkräften unseren Wohlstand auch zukünftig zu erwirtschaften, wollen wir Einwanderung durch ein Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz steuern.

Noch stärker als bisher werden wir unsere Förderung auf Familien und Kinder ausrichten. Wir verbessern die Betreuungsangebote und stärken Familien finanziell durch eine Kindergelderhöhung von 25 € monatlich, durch ein Baukindergeld sowie Freibeträge bei der Grunderwerbssteuer.

Wir entlasten diejenigen steuerlich, die unseren Wohlstand erwirtschaften durch die stufenweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags und eine Absenkung der Einkommensteuerbelastung um 15 Mrd. Euro jährlich.

Wir stehen zur Rentenreform der Großen Koalition von 2007. Die Weiterentwicklung der Rente nach 2030 soll in einem partei- und fraktionsübergreifenden gesellschaftlichen Konsens unter Einbeziehung der Tarifpartner geregelt werden.

Ältere und Senioren sind mit ihrer Lebenserfahrung ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft, auf den wir nicht verzichten können und wollen. Wir möchten, dass sie möglichst lange aktiv und selbstbestimmt am Leben teilhaben können. Deshalb schaffen wir weitere unterstützende Hilfsangebote.

Den ehrenamtlich Tätigen sind wir zu großem Dank und Anerkennung verpflichtet. Ob in den Hilfsdiensten, im Sport oder in der Kultur: Sie machen unser Land besser und menschlicher, entlasten die staatlichen Strukturen und tragen erheblich zum Zusammenhalt bei. Wir wollen ehrenamtlich engagierte Menschen und Vereine von Bürokratie entlasten und durch Beratungsangebote unterstützen. Die Errichtung einer Ehrenamts-Service-Agentur oder einer Ehrenamtsstiftung kann dazu beitragen.

Axel E. Fischer, MdB

Axel E. Fischer auf Sommertour in Linkenheim-Hochstetten

Am Donnerstag, den 13. Juli machte der CDU-Bundestagsabgeordnete Axel E. Fischer bei seiner Sommertour Station in Linkenheim-Hochstetten. Am Nachmittag besuchte er die Zimmerei Ratzel in Hochstetten. Im Anschluss ging's weiter zur Firma Metallverarbeitung Kössler sowie zum Abschluss ins Altenpflegeheim Geschwister Nees. In allen drei Betrieben konnte er einen guten Eindruck davon gewinnen, wie gearbeitet wird. Aber auch, mit welchen Herausforderungen dort umgegangen werden muss. Beispielsweise wurde das Thema Fachkräftemangel in allen drei Betrieben angesprochen. Axel E. Fischer zeigte sich begeistert und hat auch einige Anregungen aus diesen Besuchen mitgenommen, um sie in seine politische Arbeit einfließen zu lassen.

Am Abend fand dann noch eine Informationsveranstaltung zum Thema „Soziale Gerechtigkeit in Deutschland" im Turnhallenrestaurant in Hochstetten statt. Axel E. Fischer erläuterte zunächst aus seiner Sicht die aktuelle Situation. Dabei machte er deutlich, dass es gerade bei diesem Thema häufig unterschiedliche Betrachtungsweisen gibt und nahm auch zu einigen Zahlen, die zu diesem Thema kursieren Stellung. Die Botschaft, dass es der großen Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland so gut wie noch nie geht war ihm wichtig. Dennoch weiß er ganz genau, wo die Probleme sind. Gerade da hakte er aber auch ein und stellte die Verknüpfung zum gerade veröffentlichten Regierungsprogramm her. Nach dem Motto: „Sozial ist, was Arbeit" schafft erläuterte er die Ziele, die die CDU/CSU mit ihrer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in der kommenden Legislaturperiode anstrebt, um Menschen, die sozial benachteiligt sind besser zu stellen. Als Beispiel nannte er unter anderem das Ziel, noch mehr Menschen in Arbeit zu bringen um somit die Arbeitslosigkeit nochmal zu halbieren. Im Verlauf des Abends entwickelte sich noch eine lebhafte Diskussion, die sich dann auch mit anderen politischen Themen befasste.

Andreas Stampfer

Terroranschläge, steigende Kriminalität, sexuelle Übergriffe, Unsicherheit...

Man denkt immer, das passiert Anderen, ist betroffen und geht wieder zum Alltag über. Meist ist es ja auch weit weg, manchmal jedoch näher (Anschlag auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin), oder noch näher als einem lieb ist. Nach über 30 Jahren wurde zum ersten Mal seit Bestehen meiner Firma und dann aber gleich zweimal innerhalb eines Jahres eingebrochen. Das Erlebnis meiner Tochter, Silvester 2016, auf dem Hauptbahnhof, nein nicht Köln, aber Frankfurt (ging nicht so prägnant durch die Presse, war aber für uns umso einprägsamer). Oder „Kleinigkeiten“ wie die Aufstellung von Steinpaletten auf dem Weg zum Jahrmarkt/Messe in Karlsruhe oder auf der Zufahrt zum Festgelände, der von mir mit dem Gemeinderat erst kürzlich besuchten 800-Jahrfeier unserer Partnerstadt Gröditz.

Es ist also eine nicht weg zu diskutierende oder zu verschweigende Tatsache - seit der Flüchtlingswelle 2015 kam, zu der sicher schon immer mehr oder weniger bestehenden Kriminalität und das Geschehen von Übergriffen und Verbrechen, noch einiges hinzu.

Wichtig ist nun, wenn man die Ursachen erkannt hat, dass die „große“ Politik auch reagiert und gegensteuert! Und dazu gehört sicher auch, unser Asylrecht konsequent anzuwenden. Alle die politisch oder aus religiösen Gründen verfolgt werden genießen uneingeschränkt Schutz bei uns. Ihnen gleichgestellt sind alle Kriegsflüchtlinge. Allerdings gilt hier der Schutz nur auf Zeit. Sobald im Heimatland kein Krieg mehr herrscht, muss der Flüchtling wieder zurück. Wir dürfen nicht so egoistisch sein und mit ihm hier eine eventuell fehlende (billige) Arbeitskraft ersetzen zu wollen, während er in seinem Heimatland dringend und viel nötiger für den Wiederaufbau gebraucht wird. Gleichzeitig gilt für sämtliche abgelehnte Asylbewerber, sowie alle Anderen, die den Weg (meist aus - so nachvollziehbar sie auch für mich sind - wirtschaftlichen Erwägungen heraus) zu uns gefunden haben und zukünftig noch finden werden, sie konsequent zurück zu führen.

Dazu gehört der politische Wille, dies auch gegen linken und grünen Widerstand durchzusetzen!

Dazu gehört die weitere Ausweitung sicherer Herkunftsstaaten, um die Asylverfahren zu beschleunigen.

Dazu gehört es, unsere Sicherheitskräfte zu stärken! Also die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und den Verfassungsschutz nicht nur personell aufzustocken, sondern auch technisch besser auszustatten!

Dazu gehört, sich zur Polizei zu bekennen und ihr auch politisch den Rücken zu stärken! Nicht verunsichern wie die Grüne Künast, die eher den messerschwingenden Terroristen von Amberg (hätte man ihm nicht nur ins Bein schießen können?) bedauert, als die Opfer der Gewalttat. Oder die Kritik beim G20 -Gipfel in Hamburg am Polizeieinsatz, anstatt die durch die linke Politik in Hamburg geduldete und teilweise gehätschelte autonome Szene als Mitschuldigen zu benennen.

Dazu gehört der entschiedene Kampf gegen Terroristen und organisierte kriminelle Banden.

Und wer wie ich der Meinung ist, dass dies nur mit einer starken, CDU-geführten Bundesregierung umzusetzen ist, der wählt am 24. September... CDU!

Joachim Walter

Fraktionsvorsitzender der CDU
Linkenheim-Hochstetten

ZIMMEREI RATZEL
FÜR Sie MIT Leidenschaft
Gewerbering 23 | 76351 Linkenheim-Hochstetten
Telefon 07247 4862 | www.zimmerei-ratzel.de

Noch mehr Flüchtlinge aufnehmen?

Der Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werkes der Ev. Landeskirche in Baden spricht sich dafür aus, noch einmal soviel Flüchtlinge aufzunehmen wie 2015. Wir würden das verkraften. Ähnliche Forderungen sind auch in anderen kirchlichen Verlautbarungen enthalten sowie ebenso aus linken Kreisen zu hören,

Das ist zwar gut gemeint, aber genau so naiv wie unverantwortlich.

Schon vor der Massenzuwanderung 2015 haben sich in verschiedenen deutschen Großstädten Parallelgesellschaften herausgebildet, No-go-Areas, wohin sich die Polizei nur mit Verstärkung traut. In diesen selbst gewählten „Ghettos“ haben mafiöse Banden das Sagen. Von den Herkunftsländern sind patriarchalische Strukturen umgesetzt worden, wonach der Mann über die Familie bestimmt.

Wie gesagt, das war die Lage **vor** 2015. Bei den Genannten ist die Integration nicht gelungen, bei anderen wohl.

Doch inzwischen sind ja mehr als eine Million dazu gekommen. Deutschland hat mehr aufgenommen als alle EU-Staaten zusammen. Ich habe große Zweifel, dass dieses Mal die Integration gelingt.

Von den laut UNHCR weltweit 65 Millionen Migranten sind etwa die Hälfte Afrikaner, die derzeit auf gepackten Koffern sitzen. Alle wollen nach Europa, am liebsten nach Deutschland. Nicht wenige kommen nach wie vor mit archaischen Vorstellungen und Verhaltensweisen wie Kinderehen, Zwangsverheiratung, Vielehe (ein Mann hat mehrere Frauen), Ehrenmord, weibliche Genitalverstümmelung. Das, was schon Tausende von Jahren praktiziert wurde, kann, wenn überhaupt, nicht in Jahren, sondern allenfalls in Generationen geändert werden. Bei dieser Sachlage ist es geradezu abenteuerlich, dass noch weitere kommen sollen.

Der Tübinger Oberbürgermeister von Bündnis 90 Die Grünen Boris Palmer hat geäußert, dass Deutschland nicht die ganze Welt retten kann, und als Christ muss man sagen, dass wir nicht den Himmel auf Erden schaffen können. Das wird einstmals Jesus tun und nur er. Wir sollen das tun, was in unseren Kräften steht und dürfen dabei nicht unverantwortlich handeln.

Günther Röder

Unser „Draht nach Berlin“ – Axel E. Fischer

Im Bundestag vertritt Axel E. Fischer unseren Wahlkreis seit 1998. Als Mitglied im Kreisvorstand der CDU, im Bezirksvorstand Nordbaden und im Bundestag kennt er die Fragen und Probleme auf allen Ebenen und kann sie in seine Arbeit einfließen lassen. Bürgernah besucht er Feste im Wahlkreis und sucht und pflegt so Kontakte, außerdem bringt uns bei den verschiedensten Veranstaltungen und Vorträgen die „große“ Politik näher.

Ein Streifzug (ich hoffe ich habe nichts vergessen) durch die verschiedenen Funktionen, die unser Abgeordneter inne hat:

- Mitglied des Deutschen Bundestages
- Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages
- Mitglied im Gremium nach §23c Absatz 8 des Zollfahndungsdienstgesetzes (beschäftigt sich mit präventiver Telekommunikations- und Postüberwachung durch das Zollkriminalamt (ZKA)
- Leiter der deutschen Delegation in der und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
- Präsident der "Weltliga für Freiheit und Demokratie" (WLFD) Deutschland
- Vorsitzender des Landesfachausschusses Wirtschaft und Finanzpolitik der CDU BW
- Vorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge Bezirksverband Nordbaden.

Wie wir bei unserer Reise nach Berlin auf Einladung des Abgeordneten im Juni feststellen konnten, ist Herr E. Fischer außerdem der Partner für die wirtschaftlichen Beziehungen zu Taiwan. So konnten wir bei einem Besuch in der taiwanesischen Vertretung in Berlin hören, wie sich Axel E. Fischer dort einbringt. Begeistert erzählte man uns, dass durch seinen Einfluss und seine Beziehungen die Kontakte zu Firmen in Baden-Württemberg, wie auch bundesweit, geknüpft und ausgebaut werden konnten. Wir lernten die Mitarbeiter der Vertretung kennen und erfuhren in einem Vortrag interessantes über Taiwan. Deutschland ist für Taiwan der bedeutendste Handelspartner in der EU und, da Taiwan in China als Investor auftritt, sind auch Handelskontakte nach China möglich.

Der 1966 geborene, eigentlich als Elektroninstallateur gestartete Abgeordnete hat den Weg in die Politik innerhalb und außerhalb der EU in den fast 20 Jahren seiner Tätigkeit im Bundestag gut genutzt.

Wir wünschen uns, dass er unseren Wahlkreis weiterhin vertreten kann und bitten daher für die Bundestagswahl um IHRE Stimme für Axel E. Fischer.

Marion Tachlinski

Ich gehe wählen! Sie auch?

Am 24. September findet die Bundestagswahl statt. Dabei geht es darum, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Die Lage in Deutschland ist sehr gut. Trotzdem darf jetzt nicht nachgelassen werden. Im Gegenteil. Es geht darum, mutig und vorausschauend zu handeln, die Herausforderungen der kommenden Jahre anzunehmen, die sich bietenden Chancen zu nutzen und die Zukunft für die Menschen in unserem Land zu gestalten.

Die CDU hat dafür die richtigen Antworten und ein Regierungsprogramm, das den Arbeitsmarkt noch weiter beleben soll und die deutschen Unternehmen unterstützt, indem Zukunftsthemen wie Digitalisierung, Forschung und Innovation gezielt gefördert werden.

Das Regierungsprogramm sieht eine Steuerentlastung von 15 Milliarden Euro vor, die vor allem den kleinen und mittleren Einkommen zugutekommt, sowie die schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

Mit der Erhöhung des Kindergeldes, der Anhebung des Kinderfreibetrages und einem Baukindergeld legt die CDU das stärkste Familienförderungsprogramm der letzten Jahrzehnte auf.

Die CDU steht für Sicherheit und Stärke. 15.000 zusätzliche Polizeikräfte, Schleierfahndung, Videoüberwachung in öffentlichen Gefahrenorten und konsequentes Vorgehen gegen Gefährder wird den Menschen in Deutschland noch mehr Sicherheit bringen.

Die CDU will eine Wohnraumoffensive für mehr bezahlbaren Wohnraum starten und den ländlichen Raum stärken.

Die CDU wird noch mehr für Ordnung und Steuerung beim Thema Zuwanderung tun und sie steht für ein Europa, das seine – und unsere – Werte in der Welt selbstbewusst vertritt.

Die CDU bekennt sich zu den Klimazielen von Paris. Sie bewahrt unsere Schöpfung aus urkonservativer Überzeugung, indem Sie die Verbindung zwischen Ökologie und Ökonomie schafft.

Jede Stimme zählt! Deshalb rufe ich Sie auf, am 24. September zur Wahl zu gehen. Machen Sie Gebrauch von Ihrem Wahlrecht und entscheiden Sie, wer in den nächsten Bundestag gewählt werden soll. Übernehmen Sie Verantwortung mit Ihrer Stimme! Denn wenn Sie nicht wählen gehen, können Sie nicht an der Gestaltung Ihrer Zukunft mitwirken. Mit Ihrer Stimme nehmen Sie Einfluss auf die Politik von morgen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantiert die Demokratie und ist letztlich Grundlage dafür, dass jeder Wahlberechtigte aktiv an der Demokratie mitwirken kann. Deshalb:

Gehen Sie am 24. September zur Bundestagswahl!

Ihr Andreas Stampfer

Termine

Bitte merken Sie sich schon folgende Termine vor:

13.9.2017 Radtour mit Axel E. Fischer
Infos zur Tour unter lihocdu@gmail.com

18.11.2017 ab 11:00 Uhr Schlachtfest

14.12.2017 Fahrt zum Europäischen Parlament nach Straßburg

Kontakt zu uns

Uns interessiert Ihre Meinung. Wie denken Sie über die Artikel im Blickpunkt? Vielleicht gibt es auch andere Themen, die Sie bewegen.

Treten Sie mit uns in Kontakt, schreiben Sie uns unter

lihocdu@gmail.com

blickpunkt

www.cdu-linkenheim-hochstetten.de

Impressum:

Verantwortlich: Andreas Stampfer
Herausgeber: *CDU*-Gemeindeverband Linkenheim-Hochstetten
Blankenlocher Str. 35
76351 Linkenheim-Hochstetten
Telefon 07247/3576

Redaktion: Klaus Kreuser
Frank Kaiser
Andreas Stampfer
Satz: Klaus Kreuser
Anzeigenverwaltung: Tanja Kössler